

DEBATTE

HERWIG HÖSELE
zu österreichischen Lebens-
lügen und bitterem Erwachen



Beispiel „unbegrenzter Uni-Zugang“

Lebenslügen können eine Zeitlang das Leben angenehmer erscheinen lassen und unangenehme Realitäten verdrängen helfen. Wer es wagt, diese anhand von Fakten zu hinterfragen, wird leicht als notorischer Miesmacher und Störenfried abgestempelt. Wenn diese Fiktionen allerdings platzen, wird das Erwachen umso bitterer.

Österreich hat es sich mithilfe einiger überaus gerne geglaubter Lebenslügen besonders bequem gemacht und sie zur „Staatsideologie“ erhoben, wie etwa: Der freie Hochschulzugang stelle Chancengerechtigkeit her; die Neutralität schütze uns und mache uns weltweit beliebt; die Pensionen seien trotz steigender Lebenserwartung und Frühpensionierungsflut langfristig gesichert; Österreich sei kein Einwanderungsland, obwohl 17,3 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund aufweisen.

Die Lebenslügen vom unbegrenzten Hochschulzugang wird in diesen Wochen auch für die breitere Öffentlichkeit erkennbar drastisch widerlegt. Es ist schlicht und einfach unfinanzierbar, dass jeder EU-Bürger mit der Matura als einziger Voraussetzung jedes beliebige Studium aufnehmen kann. Deutliche Budgeterhöhungen, Studieneingangsphasen, Zulassungskriterien, wie sie etwa an den Pädagogischen Hochschulen (Ressort Claudia Schmid) oder den Fachhochschulen existieren und/oder Gebühren, kombiniert mit einem großzügigen Stipendien- und Kreditsystem, müssen ohne ideologische Scheuklappen dis-

kutiert werden. Chancengerechtigkeit und das Bürgerrecht auf Bildung, dessen Verwirklichung einerseits die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, andererseits die entscheidende Triebfeder für den individuellen und kollektiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ist, lassen sich nicht mit überfüllten Hörsälen und miserablen Studienbedingungen herstellen.

Was in den 1970er-Jahren als Signal richtig war, nämlich die Abschaffung der Studiengebühren, ist mit dem Erkenntnisstand des Jahres 2009 neu zu bewerten. Junge Menschen aus sozial schwächeren Schichten

DIE THESE

Zur „Staatsideologie“ erhobene Fiktionen halten Realitäten und Fakten nicht Stand.

und mit Migrationshintergrund sind unter den Studierenden dramatisch unterrepräsentiert. Wer heute mehr Chancengerechtigkeit will, muss daher mit verpflichtenden Vorschul- und Kindergartenjahren und beim Schulsystem ansetzen. Überdies stichwortartig angeführt: keine unge-

rechtfertigte Selektion mit 14, wesentlich größere Durchlässigkeit und Förderung der spezifischen Begabungen sowie massiver Ausbau des Angebots an ganztägigen Schulformen.

Solange ein faktenorientierter Diskurs über die identifizierten Lebenslügen und auch weitere Problemfelder – etwa die jahrzehntelangen Großbaustellen Gesundheitspolitik, Staats- und Verwaltungsreform oder wirksame Sozialpolitik – durch Tabuisierung blockiert wird, werden Protest und Misstrauen gefördert.

Herwig Hösele (ÖVP) war
Präsident des Bundesrats

LESERBRIEFE DES TAGES

Qualität statt
Massenunis

Zugangsbeschränkungen zu Universitäten sind kein Tabu, meinen unsere Leser.

„Proteste sind ein Alarmzeichen“, 5. 11.

Was wollt ihr Studenten eigentlich? Einerseits gebt ihr selbst zu, dass die Anzahl der Studenten in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen ist, andererseits wollt ihr aber keine Zugangsbeschränkungen. Studiengebühren wurden wieder abgeschafft, und ein Auswahlverfahren wollt ihr auch nicht. Ich glaube, aus mangelnder Zukunftsperspektive gehen heute fast alle studieren.

Meine Lösungsvorschläge: 1. Auswahlverfahren, und Aufnahmetests an den Unis. 2. Zugangsbeschränkungen, pro Sitzplatz ein Student. 3. Eine jährliche Studiengebühr von monatlich 10 Euro. Als mein Kind ins Gymnasium wechselte, wurde keine Aufnahmeprüfung verlangt, wohl aber ein sehr gutes Zeugnis. Eine Klassenhöchstschüleranzahl ist vorgegeben, und für die Bildung meines Kindes habe ich im letzten Jahr bestimmt monatlich 10 Euro investiert. Forderungen sollten realistisch sein.

Maria Willenshofer, Graz

Auslese nach einem Jahr

Die Studiengebühren sollten wieder eingeführt werden, und zwar deutlich höher! Um sozialen Ausgleich zu schaffen und jedem Bürger den Zugang zur Bildung zu ermöglichen, sollten jedoch auch höhere Studienförderungen beschlossen werden, die sich nicht nach dem Einkommen der Eltern bzw. Studenten richten, sondern nach der Leistung.

Natürlich sollte einem jeden Bürger die bestmögliche Ausbildung ermöglicht werden. Freier Zugang zu Universitäten ist dafür kontraproduktiv. Hier sollten z. B. die ersten beiden Semester ohne Beschränkung besucht werden dürfen. Danach sollten jedoch, um eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, Beschränkungen eingeführt werden. Die Zulassung zur Fortsetzung des Studiums richtet sich dann nach den Noten in den vorangegangenen Semestern.

Ing. Georg Leitner, Student, Graz

Weg von den Massenstudien

Es gibt an Österreichs Hochschulen eine solche Fülle von Studien, dass es nicht nachvollziehbar ist, wenn jemand auf Gedeih und Verderb ein einziges ganz bestimmtes (Massen-)Studium anstrebt. Universitäre Bildung, geistige Freiheit und Kritikfähigkeit kann man in jedem Studium kultivieren, auch und ganz besonders in den kleineren, weniger beachteten. Ich bin Studiendekan eines solchen Studiums (Vermessung und Geoinformation an der TU Graz), das noch dazu gute und äußerst vielseitige berufliche Möglichkeiten erschließt. Leider kennt man uns kaum. Dr. Norbert Bartelme, Graz

LIEBE IST ...



... das beste Düngemittel.

© TMS/DISTR. BULLS